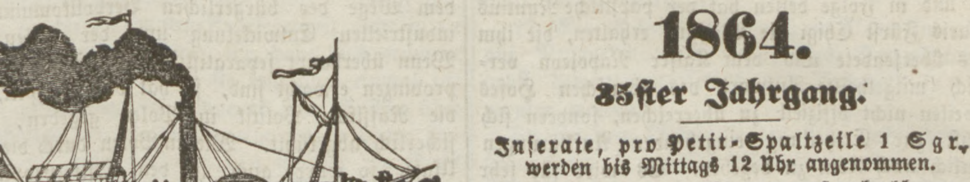
Danziger Dampfboot.

№ 244. — 1864.

Dienstag, den 18. October. — 33ster Jahrgang.



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Flensburg, Sonntag 16. October.

Die „Norddeutsche Zeitung“ theilt mit, daß die Ordre ertheilt sei, das zur Verfügung des Prinzen Friedrich Carl gestellte Hargens'sche Haus bis zum 18. d. zu seinem Empfange in den Stand zu setzen.

Hamburg, Montag 17. October.

Die „Aarhuser Amtszeitung“ bringt eine Bekanntmachung des Generals Vogel von Falkenstein vom 15. d. M., welcher wegen des Deficits Wiedereingehen der dänischen Post vom 1. November d. J. verordnet: „Privatpersonen können Reisende ungehindert befördern. Die preußische Feldpost wird, soweit es angänglich ist, Briefe und Reisende wieder befördern.“

Kopenhagen, Montag 17. October.

In der heutigen Sitzung des Folkething beantragte der Präsident auf Veranlassung des Justizministers die Zustimmung des Thing zur gerichtlichen Belangung des Redakteurs des „Dagblad“, Bille, wegen eines von dem „Dagblad“ gebrachten, „Friedensschluß und Erfolge“ überschriebenen Artikels. Die Verhandlung über diesen Antrag wird erst in einigen Tagen erfolgen.

München, Montag 17. October.

Es wird versichert, daß, im Falle Freiherr von der Pfordten auf Ablehnung der ihm angetragenen Portefeuilles beharrt, der Staatsrath von Wydenbrugk zum Minister des Aeußern und des königlichen Hauses ausersehen ist.

Wien, Montag 17. October.

Heute hat eine Sitzung der Conferenz stattgefunden. Derselben lag, wie die „Neue freie Presse“ vernimmt, der von dem Baron Brenner concipirte Entwurf zu dem Hauptaktenstücke der Friedensverträge vor.

Paris, Montag 17. October.

Heute haben 600 Mann der für Mexiko bestimmten Legion sich in St. Nazaire eingeschifft.

Triest, Sonnabend 15. October.

Der fällige Lloyddampfer ist mit der Ueberlandpost aus Alexandrien eingetroffen.

Shanghai, Montag 5. September.

Die Kaiserlichen haben Hou-Tscheou genommen. Wie die Nachrichten aus Japan mittheilen, wird die Flotte die Einfahrt in das Japanesische Meer erzwingen.

Berlin, 17. October.

— Der König empfing gestern den Baron von Scheel-Plessen in einer Audienz. Wie man hört, wird die Königin Augusta mit dem russischen Kaiserpaare eine Zusammenkunft in Carlsruhe haben.

— Ueber die Beisetzungsfeierlichkeit des Sarkophags des Hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. Majestät, welche am vergangenen Sonnabend stattfand, wird der „Spen. Ztg.“ aus Potsdam geschrieben: In der Frühe des Morgens zwischen 8 und 9 Uhr und in aller Stille ist heute am Geburtstage des Hochseligen Königs der Sarkophag, worin Friedrich Wilhelm IV. in der in der Apsis befindlichen Sakristei der Friedenskirche bisher ruhte, in die Gruft unmittelbar vor dem Altare dieser Kirche beigesetzt worden, welche Allerhöchstderselbe zu seiner letzten Ruhestätte bestimmt hatte und worin dereinst seine königliche Gemahlin, J. M. die Königin Wittwe Elisabeth an seiner Seite schlafen wird. Die Kammerdiener und Leiblakaien des Hochseligen Königs trugen den Sarg aus der Sakristei in die Gruft, vor dem Herablassen in dieselbe wurde über die sterblichen Ueberreste Friedrich Wilhelm IV. von dem Hofprediger Heym der Segen gesprochen. Die Gruft ist ein starkes Gewölbe unter der Friedenskirche, mit dunklem Marmor bekleidet, in ihr war der Sarg von Zinn bereits vor längerer Zeit aufgestellt, welcher heute den Sarkophag und die beiden inneren Särge von Zink und Eichenholz aufgenommen hat, die den königlichen Leichnam umschließen. Die äußere Seite des Sarges von Zinn trägt das christliche Monogramm: Christus ist der Anfang und das Ende, und eine Inschrift, welche ausdrückt, daß Friedrich Wilhelm IV. aus einem bewegten Leben hier im Frieden ruht. Um 9 Uhr Morgens hatten JJ. MM. der König und die Königin Elisabeth, JJ. kk. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin und die k. Prinzen und Prinzessinnen, der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande und die Prinzessin Marie in das für die Vorträge bei des Hochsel. Königs Majestät bestimmte Zimmer auf dem Schlosse Sanssouci sich begeben, dort wurde von dem Hof- und Domprediger Snethlage aus Berlin eine kirchliche Andacht gehalten, nach derselben nahmen die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften das Abendmahl. Um 11 Uhr Vormittags verfügten sich JJ. MM. der König und die Königin Wittwe, die kgl. Prinzen und Prinzessinnen mit wenigen besonders eingeladenen Personen, welche größtentheils zur unmittelbaren Umgebung oder zur Dienerschaft des Hochsel. Königs Majestät gehört hatten, in die Friedenskirche, wo eine Gedächtnißfeier, die der Hof- und Domprediger Snethlage aus Berlin, mit Assistenz der Geistlichkeit bei der Friedens- und bei der hiesigen Hof- und Garnisonkirche celebrirte, gehalten wurde. Während derselben waren die Fauteuils für JJ. MM. den König und die Königin Elisabeth und für die kgl. Prinzen und Prinzessinnen unmittelbar vor der königl. Gruft aufgestellt. Auf der letzten Reise des Hochsel. Königs Majestät und der Königin Elisabeth nach Italien fanden die Allerhöchsten Herrschaften an einem Engel der Auferstehung in der Kirche Santa Maria da Gloria zu Rom besonderes Wohlgefallen. Se. Majestät bestimmte, daß eine Kopie davon die letzte gemeinschaftliche Ruhestätte bezeichnen solle und beauftragte den Bildhauer Tenerain in Rom mit der Ausführung. Dieser Auferstehungs-Engel, ein vollendetes Kunstwerk in Marmor, ist nunmehr in der Friedenskirche vor der Gruft aufgestellt worden. Die idealisch schöne Figur sitzt auf einem Sessel, auf dem Schoße ein aufgeschlagenes Buch, in der Hand eine Posaune, durch deren Klang die in dem Herrn Ruhenden zur Auferstehung gerufen werden. Das ausgebreitete Flügelpaar deutet an, daß der Engel so eben zur Erde herabgeschwebt ist. Die Formen des Körpers, umhüllt von leichter Gewandung, sind von wunderbarer Schönheit, der Kopf drückt eine erhabene, selige Ruhe, eine überirdische Hoheit aus und das ganze Meisterwerk ist seiner Bestimmung wahrhaft würdig.

— Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin werden neueren Bestimmungen zufolge die Reise nach der Schweiz nun doch noch unternehmen und dieselbe dem Vernehmen nach zwischen dem 22. und 24. d. M. antreten. Eine dem Grafen v. Röder gehörige Villa wird bereits zur Aufnahme eingerichtet.

— Der Erzherzog Leopold von Oesterreich ist heute Abend von Wien hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen. Derselbe wohnt morgen der Tauffeierlichkeit bei.

— Daß Herr v. Bismark in Paris gleichsam im Auftrage Oesterreichs für den Congreß wirkt, wie der „Independance“ aus Paris geschrieben wird, ist sehr unwahrscheinlich. Preußens Politik kann augenscheinlich nicht sein, die schleswig-holsteinische Frage wieder zu einer europäischen werden zu lassen, und daß ein Congreß in der nächsten Zeit dies Resultat haben würde, liegt auf der Hand. Einen von einer anderen Macht angebotenen Congreß würde Preußen vielleicht nicht direct ablehnen und in solchem Fall wohl ein ähnliches Verfahren wie bei dem früheren Vorkommniß beobachten. Aber ihn aus freien Stücken zu fördern, ist sicherlich keine Veranlassung gegeben.

— Man glaubt, daß der Kaiser Napoleon mit seinem Congreßvorschlag erst dann wieder auftreten wird, wenn er außer der römischen noch einige andere Fragen brennender gemacht haben wird. Der Congreß und durch ihn die förmliche Beseitigung der Wiener Verträge wird als das Hauptziel seiner Politik bezeichnet. In Wien bereitet sich eine Annäherung an Frankreich vor. Sowohl die clericale als die liberale Partei sind für dieselbe. Erstere glaubt, daß eine Verständigung zwischen Oesterreich und Frankreich die letzte und einzige Stütze für den Papst sei; letztere glaubt, daß durch Annahme der Septemberconvention der Status quo in Italien erhalten, der Besitz Venetiens gesichert, der Friede bewahrt werden könne. Man glaubt, daß Graf Rechberg Geschmeidigkeit genug besitzen werde, um auch diese Politik durchzuführen und daß mit dem Wechsel der Politik ein Wechsel der Personen nicht verbunden sein werde. Zwischen Preußen und Oesterreich wird wegen einer Zusatzconvention über die Modalitäten der Besetzung der Herzogthümer nach erfolgtem Friedensschluß verhandelt. Die Bildung einer schleswig-holsteinischen Armee soll erst nach der Einsetzung des Souveräns erfolgen, die indessen, wie es scheint, noch lange auf sich warten lassen wird.

— Die heutige „Bank- und Handelszeitung“ bringt ein ihr „von guter Hand“ mitgetheiltes Telegramm aus Wien, das also lautet: „Die Conferenz vom letzten Sonnabend hat den endlichen Abschluß des Friedenswerkes nicht gefördert, da die Erklärungen des Kopenhagener Kabinets noch nicht eingetroffen sind.“ Die Bevollmächtigten beschäftigten sich in dieser Sitzung nur mit der Ordnung untergeordneter Verkehrsverhältnisse zwischen Dänemark und den Herzogthümern.

— Zuverlässige Privatdepeschen aus Rio Janeiro bestätigen die Nachricht, daß daselbst eine Handelskrisis ausgebrochen ist und vier der bedeutendsten unter den dortigen Banquierhäusern ihre Zahlungen eingestellt haben.

Flensburg, 15. Octbr. Das leichte Feldlazareth des ersten preußischen Armeecorps ist auf dem Marsche und zum Theil bereits in Hamburg durchpassirt, um in der Heimath demobil gemacht zu werden. Dies ist neben den Krankenträgercompagnien der erste Fall von Demobilisirung. Sonst sind alle Truppentheile zwar ziemlich auf Friedensstärke gebracht, aber doch mit allem Kriegsapparat noch vollständig versehen. Die sechste preußische Armeedivision (24, 35, 60., 64. Inf.-Regiment nebst Cavallerie und Artillerie), wird wahrscheinlich auch nach dem Friedensschlusse hier verbleiben und hört man, daß demnächst der General von Falkenstein das militairische Commando im Herzogthum zu übernehmen werde.

Wien, 12. Oct. Der französische Botschafter hat heute Mittag eine längere Conferenz mit dem Grafen Rechberg gehabt und wenn auch selbstverständlich über den Inhalt dieser Conferenz keine bestimmte Mittheilung gemacht werden kann, so wird doch die Vermuthung gestattet sein, daß sich die Conversation wesentlich mit der neuesten Wendung der römischen Frage beschäftigt hat. Denn eine Wendung ist bereits eingetreten. Der Kaiser der Franzosen hat sich veranlaßt gesehen, in einem vertraulichen Schreiben an den Papst die (veröffentlichte) Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys an den Grafen Sartiges d. d. 12. September mildernd zu commentiren, und in Folge dessen hat der päpstliche Nuntius in Paris Fürst Chigi die Weisung erhalten, die ihm bereits übersendete und dem Kaiser Napoleon vertraulich mitgetheilte Antwort des römischen Hofes einstweilen nicht offiziell zu überreichen, sondern sich zunächst zur Ertheilung eingehender Aufklärungen persönlich nach Rom zu begeben. Es wird für sehr wahrscheinlich gehalten, daß Frankreich, während in dieser Weise die weitere Entwickelung der Dinge für den Augenblick stockt, den Versuch zu machen (oder zu wiederholen) geneigt ist, sich mit der andern katholischen Großmacht, also mit Oesterreich behufs einer gemeinsamen Erledigung der römischen Frage ins Benehmen zu setzen. Ob übrigens Frankreich schon mit bestimmten neuen Vorschlägen hervorzutreten bereit ist, oder ob es sich zunächst noch darauf beschränken wird, mit der Convention vom 15. September in der Hand zu einer Initiative Oesterreichs zu drängen, muß dahingestellt bleiben.

— Nach einer Corresp. der „A. A. Z." ist die Nachricht, daß Graf Rechbergs Stellung erschüttert sei, durchaus unbegründet.

Petersburg, 6. Oct. Der „Invalide" erörtert in einem längeren Aufsatz die Gerüchte über die separatistischen Bestrebungen der Ostseeprovinzen. Dieselben, schreibt das genannte Blatt, gehören zu den sogenannten privilegirten Gouvernements Rußlands; sie haben ihre locale Gesetzgebung und Organisation, was erstere anbetrifft, jedes Gouvernement eine besondere, wie denn auch alle diese Gouvernements nicht homogen sind. Deshalb entwickelten sich an den verschiedenen Orten der Ostseeprovinzen die socialen Angelegenheiten völlig unabhängig, und da sie gegenwärtig auf verschiedenen Stufen Halt gemacht, so stellen sie ein sehr verschiedenartiges Bild dar, wodurch die Gesammt-Auffassung des Landeszustandes sehr erschwert wird. . . . . Wir wollen jetzt auf die Thatsachen eingehen, durch welche die Frage von angeblichen separatistischen Bestrebungen der Deutschen in den Ostseeprovinzen angeregt worden ist. Obenan steht die Bauernfrage, welche seit dem Manifeste vom 19. Februar 1861 in den Vordergrnnd getreten ist. Nicht minder wichtig erscheint die der Reorganisation des städtischen, des Zunftwesens und der Justiz. In allen diesen Fragen, deren Initiative von der Regierung ausgegangen ist, entstanden divergirende Meinungen und Streitigkeiten, die einestheils dem Mangel an Sympathie für die Absichten und Zwecke der Regierung zuzuschreiben sind. . . . . Die Deutschen, fährt der „Invalide" fort, haben das Land mit vielerlei Bevölkerungen erobert und zum Christenthum bekehrt, die Eingeborenen zu Sclaven gemacht und die mittelalterliche Deutsche Civilisation eingeführt, sind aber dabei auch stehen geblieben. Sie eigneten sich das ausschließliche Recht des Bodenbesitzes an, entwickelten feudale Ideen, in den Städten das Zunftwesen und untersagten jede selbstständige nationale Entwickelung. Das Deutsche Element concentrirte sich daher im Adel und den fest geschlossenen Handels- und Handwerkerzünften der städtischen Bevölkerung. Die Zahl der Deutschen beträgt in Esthland 25,000, in Lievland 95,000, Kurland 60,000, zusammen 180,000 Seelen oder 10 pCt. der Bevölkerung. Das Deutsche Element nahm auch Schweden auf, in Esth- und Lievland 6000 und Polen (13,000) in Kurland. Das Russische Element tritt daselbst erst seit der Zeit der Eroberung dieses Landes durch die Russen auf. Letztere haben die Deutsche Organisation des Landes nicht angetastet und gleichsam die Ueberlegenheit der Deutschen Organisation und Civilisation stillschweigend anerkannt. Die Gesammtzahl der Russen beträgt nur 45—50,000 Seelen beider Geschlechter. Die Russen der Ostseeprovinzen und mit ihnen das ganze Rußland waren gewohnt, sich als hinter den Deutschen zurückgeblieben zu betrachten. Mit Erlaß des Manifestes vom 19. Februar blieb mit einem Male die Deutsche Organisation weit zurück hinter den mit der neuen Bauern-Verfassung bedachten Russischen Bauern. Die seit 70 Jahren gepriesenen Reformen des Deutschen Adels erschienen verschwindend klein Angesichts der durchgreifenden Reform Kaiser Alexander II. Die Russische Regierung gewann ein entschiedenes moralisches Uebergewicht über die Ritterschafts-Landtage und Adels-Kommissionen. Seit Beginn der Reformen Kaiser Alexander II. hat Rußland für die Ostseeprovinzen nicht blos eine äußere Bedeutung; es hat eine innere, moralische errungen. Der Reformprozeß in Rußland hat das Deutsche Element in den Ostseeprovinzen überflügelt. Die Zeit ist hin, wo die Ostseeprovinzen freier und aufgeklärter waren als Rußland; jetzt ist das umgekehrt. Die jetzige Organisation der Ostseeprovinzen werde zum Anachronismus Angesichts des fortschreitenden Rußlands auf dem Wege der bürgerlichen Vervollkommnung, der industriellen Entwickelung und der freien Arbeit. Wenn überhaupt separatistische Gelüste in den Ostseeprovinzen erwacht sind, so hat das Beispiel, welches die Russische Politik in Polen gegeben, dieselben sicherlich abgekühlt. Wie in Polen durch die Bauern-Ukase, so würde auch in den Ostseeprovinzen die Masse der Bevölkerung leicht für die Regierung zu gewinnen sein. Im Gouvernement Wilna haben Bauern von zwei Dorfschaften den Beschluß gefaßt, nicht mehr Polnisch zu sprechen. Für Contravention dieses Beschlusses ist eine Geldstrafe beliebt. — Die Fabrik-Industrie in Moskau ergiebt folgende statistische Ziffern; es bestanden bis zum 13. Juli 585 Fabriken mit 29,920 Arbeitern, darunter 3200 Frauen und 5000 Kinder. — Der „Kiewsche Telegraph" meldet, im Gouvernement Kiew seien 194 Russische, 31 Deutsche und 1126 Polnische Gutsbesitzer. — Das Projekt der Riga-Libau-Mitau Eisenbahn nebst Brücke ist von der Regierung bestätigt.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Von der Polnischen Grenze, 14. Oct. Der „Russische Invalide" legt der in der „Patrie" unter der Firma der Polnischen National-Regierung veröffentlichten Proclamation keine Bedeutung bei und hält sie für die Russische Regierung nicht für gefährlich. „Weit gefährlicher — meint er — sind Leute, welche in pharisäischer Weise des Langen und Breiten von der Nothwendigkeit sich vor der Gewalt zu beugen, sprechen, dabei aber nicht blos keiner einzigen ihrer verbrecherischen Absichten entsagt haben, sondern immer neue Mittel ausfindig machen, sie auf geheimen Wegen zu verbreiten. Sie sind die Hauptanstifter des Bösen und die Urheber alles über Polen gekommenen Unglücks. Gegen sie müßte im Interesse des unglücklichen Landes die Europäische Presse mit ganzer Entrüstung auftreten. Die Agitationen der extremen und eigentlich revolutionären Partei verdienten weniger strenge Verurtheilung, als die Umtriebe der sogenannten gemäßigten Emigranten, welche den Fürsten Czartoryski zu ihrem Organ gewählt haben." — Dasselbe Verdammungs-Urtheil spricht auch das Organ der Polnischen demokratischen Partei, der „Glos wolny", über die Politik des Fürsten Czartoryski aus, indem es in Bezug auf den „Offenen Brief" desselben an den Fürsten Adam Sapieha bemerkt: „Das Manifest des Hotel Lambert hat einen überaus traurigen Eindruck auf die Polnische Emigration gemacht. Nicht blos Leute unserer Ueberzeugung, nicht blos die zahlreichen Opfer jener unglückseligen Politik, welche Fürst Wladislaw Czartoryski beim letzten Aufstande repräsentirte, sondern sogar die bescheidensten und gewöhnlichsten Polen haben mit peinlichem Gefühl diesen neuen Beweis des hartnäckigen Verharrens des Fürsten bei den alten und verbrauchten Theorieen, auf welche das Hotel Lambert von je her seine Betheiligung an den nationalen Arbeiten beschränkte, gelesen. Selbst ein Mann, wie Fürst Adam Sapieha, hat sich diesem schmerzlichen Eindruck nicht entziehen können und es für Pflicht erachtet, jede Solidarität mit den in jenem „Offenen Briefe" ausgesprochenen Gedanken abzulehnen." — Der „Dziennik Warszawski" veröffentlich in seinem amtlichen Theile zwei Urtheilssprüche des Warschauer Kriegsgerichts, durch welche die Tischlergesellen Alexander Jungmann und Stanislaus Kobrzyniecki, wegen Betheiligung an der Organisation der sogenannten „Dolch-Gensdarmen" zum Tode durch den Strang verurtheilt sind. Dem Jungmann ist insbesondere Schuld gegeben, daß er sich an der Ermordung des Polizei-Aufsehers Blau, dem er mit eigener Hand einen Dolchstich in den Hals versetzte, betheiligt und dafür von denjenigen, welche die politischen Morde leiteten, 12 SRo. erhalten habe. Kobrzyniecki soll den Polizeibeamten Dombrowski durch vier Dolchstiche ermordet und dafür 30 SRo. erhalten haben. Die Todesurtheile sollen am 14. k. M. um 10 Uhr Morgens auf dem Glacis der Warschauer Citadelle vollstreckt werden.

Lokales und Provinzielles.

Danzig den 18. October.

✝ [**Marine.**] Der Ablauf Sr. Maj. Schrauben-Corvette „Medusa" ist noch bis zum 20. d. Mts. aufgeschoben, an welchem Tage Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert erwartet wird. Ob Hochderselbe mit der Corvette „Nymphe", welche hier in's Dock gehen soll, oder per Eisenbahn eintreffen wird, ist nicht bekannt.

†† Behufs der bevorstehenden **Stadt-Verordneten-Wahlen** fand gestern im großen Saale des Schützenhauses eine Versammlung statt, in welcher auch Herr Oberbürgermeister v. **Winter** und Herr Bürgermeister **Lintz** anwesend waren. Zum Vorsitzenden wurde Herr Dr. **Liévin** gewählt. In einer kurzen Ansprache, die er als solcher an die Versammlung richtete, erklärte er, daß diejenigen Männer, welche die Versammlung zusammen berufen, die Absicht hätten, 1) eine allgemeine Besprechung über diese wichtige Angelegenheit unseres Communallebens zu halten und 2) darüber eine Discussion zu veranlassen, ob alle drei Wähler-Abtheilungen ein Central-Comité oder ob jede Abtheilung für sich ein Comité haben solle. Indem Herr Dr. **Liévin** die allgemeine Besprechung einleitete, sprach er zunächst davon, welche Stellung der Stadt-Verordnete gegen die Commune und gegen die einzelnen Mitglieder derselben einzunehmen habe. Die Interessen der Commune, hieß es, müßten ihm höher stehen, als die des Einzelnen und zwar nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Bei der Thätigkeit für die Gegenwart handle es sich darum, ihr gerecht zu werden und alte Fehler gut zu machen. Weil dies jetzt in unserem Communalleben geschehen, habe es einen rüstigen Aufschwung genommen. In Rücksicht auf die Zukunft dürften nicht Opfer gescheut werden, damit dem gesunden Fortschritt Rechnung getragen werde. Im Leben der Kommune sei es wie in dem des Staates; es komme darauf an, die Steuern richtig zu verwenden. Andere Zeiten verlangten andere Bedingungen. Um ein Beispiel anzuführen; so hätten unsere Vorfahren wohl einem Bedürfniß ihrer Zeit genügt, als sie das Radaunen-Wasser in die Stadt zur Speisung der Brunnen geleitet. Daß aber diese Wasserleitung für die Gegenwart nicht mehr genüge, liege auf der Hand. Aufgabe für unsere nächste Zukunft würde es sein, für ein besseres Wasser zu sorgen, eine andere Wasserleitung herzustellen. Dies erfordere die Gesundheitspflege der Bevölkerung. Es müsse Jedem das Mittel geboten werden, für die Erhaltung seiner Gesundheit zu sorgen und die ihm von Gott gegebene Kraft zum Besten für sich und seine Nebenmenschen zu entwickeln und zu bewahren. Gutes und reines Wasser sei das nothwendigste Mittel der Gesundheits-Pflege. An diesem Beispiele sei also zu erkennen, daß wir uns von dem, was der Zukunft angehöre und sie fordere, nicht lossagen könnten und dürften. Ein Vertreter der Stadt, wie er sein solle, müsse die Fähigkeit haben, das Bedürfniß der Commune für die Gegenwart und Zukunft in gleicher Weise zu erkennen. Diese Fähigkeit genüge aber allein noch nicht; er müsse es auch über sich gewinnen, ein gutes Stück Arbeit auf sich zu nehmen und zwar ohne Furcht und Scheu. Ohne tüchtige Arbeit des Stadt-Verordneten für die Angelegenheit der Commune nütze er dieser nichts. Damit, daß er nur zu den Sitzungen käme, um seine Stimme abzugeben, sei wenig oder gar nichts gethan. — Habe er nicht an der Arbeit, die eine wichtige Angelegenheit erfordere, thätigen Antheil genommen und sei er durch dieselbe nicht mit ihr in der gehörigen Weise vertraut geworden: dann könne er sich leicht in wichtigen Momenten überrumpeln lassen und dazu beitragen, daß durch eine Ueberrumpelung viel Arbeit und Mühe seiner Collegen zerstört würden. Was von dem Stadt-Verordneten noch insbesondere zu verlangen, sei der Muth seiner Meinung, der unbeugsame Wille, das auszusprechen, was er als recht und wahr erkannt habe. Die Wahrheit habe ein ernstes und strenges Antlitz, und man dürfe nicht erwarten, daß man sich durch dieselbe stets Freunde machen werde; im Gegentheil, Mancher schaue sehr mürrisch darein, wenn ihm dies ernste und strenge Antlitz gezeigt werde. Wie sehr auch gewiß jeder Stadt-Verordnete wünsche, mit allen seinen Mitbürgern in der freundlichsten Beziehung zu leben; so dürfe dieser Wunsch doch nichts von der Strenge und dem Ernst mildern, welche die Wahrheit und das Recht erfordern. — Schließlich kam Hr. Dr. **Liévin** noch darauf zu sprechen, ob auch auf die politische Richtung eines zu wählenden Stadt-Verordneten Rücksicht zu nehmen sei. Wenn er, sagte er, zwischen zwei Candidaten von gleicher Befähigung für das Communal-

wesen, von denen der eine sein politischer Freund, der andere sein politischer Gegner sei, zu wählen, so würde er sich für den ersteren entscheiden. Sei aber sein politischer Freund nicht so befähigt für das Communalwesen wie sein politischer Gegner; so würde er ihn fallen lassen und den Gegner wählen, wenn derselbe nämlich auf einem ehrenvollen Grund und Boden stehe. — Wie die Sachen gegenwärtig bei uns stünden, so würden die Wahlen wohl hauptsächlich auf Fortschrittsmänner fallen. Herr Maurermeister Krüger, der nunmehr das Wort ergriff, verlangte, daß ein Central-Comité in's Leben gerufen werden möge. Dagegen sprachen die Herren Holst und Mertens und verlangten, daß jede Wahlabtheilung ihr eigenes Comité haben solle. Nunmehr trat Hr. Rosalowski auf und sagte, daß seine Ansicht in Betreff der Stadt-Verordneten mit denen des Herrn Vorsitzenden nicht übereinstimmten. Der Stadt-Verordnete solle nicht die Zukunft des Communallebens im Auge haben, sondern nur dessen Gegenwart. Denn diese allein sei von Interesse für den jetzigen Bürger. Die Gesundheitsrücksichten seien allerdings nicht außer Acht zu lassen. Solle aber deßhalb, um eine neue Wasserleitung herzustellen, die Commune eine Last auf sich laden, unter deren Druck der einzelne Bürger schmachten und Mancher erliegen würde. Man möge solche Männer zu Stadt-Verordneten wählen, die es verständen, ihr Haus gut zu bestellen. Von solchen Männern könne man erwarten, daß sie auch die Interessen der Stadt in der rechten Weise wahrnehmen würden.

Herr Dr. Liévin trat mit wenigen treffenden Worten dem Herrn Vorredner entgegen. Nur an die Gegenwart und nicht an die Zukunft zu denken, sagte er, das sei die allerschlechteste Wirthschaft und eine Handlung des Individuums, zu welcher es keine Berechtigung habe. In dem Leben der Commune sei das Individuum das Zufällige und Vergängliche, die Commune selbst aber das Bleibende. Wenn alle die Individuen, welche jetzt die Commune Danzig's bildeten, längst verschollen sein würden, würde sie noch immer bestehen. Ihr Interesse und ihre Zukunft müsse uns deßhalb höher stehen, als das Interesse des einzelnen Bürgers. Die von dem Herrn Vorredner ausgesprochene Meinung sei vom Egoismus dictirt. Nachdem Hr. Dr. Liévin noch eine unsere Stadt-Verordneten-Wahlen betreffende statistische Uebersicht gegeben, ergriff Herr Biber das Wort. Es sei, sagte er, nicht angemessen, in dieser Versammlung über Prinzipien zu discutiren. Wenn gewisse Leute glaubten, durch die neuen Stadt-Verordneten-Wahlen die Vorbauten und die Wasserleitung zum Austrag zu bringen, so sei das illusorisch. — Man möge bei dem bevorstehenden wichtigen Act unseres Communallebens einzig und allein darauf sehen, das klar denkende, unabhängige, vorurtheilsfreie und charaktervolle Männer zu Stadt-Verordneten gewählt würden. Das andere würde sich naturgemäß von selbst ergeben. Man möge vor allen Dingen darauf sehen, daß die Richtung, welche in der jetzigen Stadt-Verordneten-Versammlung herrsche, keine Störung und keine Umkehr erleide. Es sei der Versammlung nun allerdings vorgeworfen, sie habe sich nicht mit dem gehörigen Interesse der Vorbautenangelegenheit angenommen. Dieser Vorwurf sei ein eben so unbegründeter wie ungerechter. Man habe an die Versammlung in Betreff der Vorbautenangelegenheit Forderungen gestellt, die zu erfüllen, nicht in ihrem Bereich liege. Unter diesen Forderungen befänden sich solche, die jeder Billigkeit Hohn sprächen und geradezu unverschämt genannt werden müßten. Was solle man sagen, wenn ein Hausbesitzer, der sein Haus vor einiger Zeit für die Summe von 12,000 Thlrn. oder weniger gekauft, jetzt für den Vorbau, der doch weiter nichts sei, als die Tasche desselben, eine Entschädigung von 10,000 Thlrn. verlange! Derselbe wolle also so ziemlich den ganzen Kaufpreis des Hauses aus dem Stadtsäckel wieder gewinnen. Die Vorbauten beständen zum Theil mit Recht, zum Theil mit Unrecht. Man dürfe Recht und Unrecht nicht in einen Topf werfen und untereinander rühren, sondern man müsse eine scharfe Scheidung beobachten. Gewisse Vorbauten müßten beseitigt werden, und die Polizeibehörde werde auf Grund bestehender Gesetze dafür Sorge tragen. Es seien aber auch Vorbauten vorhanden, die stehen bleiben könnten, ohne daß dadurch ein öffentliches, noch ein Privat-Interesse beeinträchtigt würde. Als die Vorbauten entstanden, da seien die Straßen unserer Stadt nicht, wie jetzt, von Fuhrwerken belebt gewesen. Keine Equipage und nicht die gegenwärtigen vielen Droschken hätten die Passage beengt. Diejenigen Leute der vornehmen begüterten Gesellschaft, welche das Gehen gescheut, hätten sich durch Tragsessel durch die Straßen der Stadt befördern lassen. Unsere Zeit fordere uns mit Nothwendigkeit auf, auch in unserm Communalleben Fortschritt zu machen. Andere Städte seien schon vor 50 Jahren so weit gewesen, wie Danzig gegenwärtig. Der Herr Redner erklärt sich schließlich dahin, ein Central-Comité in's Leben zu rufen. Es solle dies nicht etwa eine dictatorische Gewalt üben, sondern nur der Mittelpunkt eines organischen Ganzen sein, um Ordnung und Regel in der ganzen Angelegenheit aufrecht zu erhalten. So würden auch durch dies Comité Doppelwahlen verhütet werden können. Hierauf ergriff Herr Rosalowski wieder das Wort. Durch ihn, sagte er, sei die Vorbauten-Angelegenheit nicht in die Diskussion gezogen worden. Er habe dies vielmehr zu verhüten gesucht. Da sie nun aber einmal zur Sprache gekommen, so könne er seine Ansicht über das Verhalten der Stadt-Verordneten in dieser Beziehung nicht zurück halten. 114 Bürger der Stadt hätten eine Petition an sie in Betreff der Vorbauten gerichtet. Für diese Petition habe sich keine Stimme erhoben; sie sei einfach ad acta gelegt worden. Das sei eine unverzeihliche Härte von Männern, welche man zu dem Zwecke gewählt, die Interessen ihrer Mitbürger zu wahren, und welche dazu verpflichtet seien. Schließlich verlangte der Herr Redner, daß jede Abtheilung sich ein eigenes Comité wählen möge. Hierauf bestieg Herr Bank-Director Schottler den Rednerplatz. Der Herr Vorredner, sagte er, habe gerathen, daß nur solche Männer zu Stadt-Verordneten gewählt werden sollen, welche ihr eigenes Hauswesen gut und ordnungsmäßig verwalteten. Das sei allerdings ein sehr guter und beherzigenswerther Rath. Aus dem Munde desjenigen, der in der That ein rechtschaffener Verwalter seines eigenen Hauses sei, würde dieser Rath gewiß mit größtem Danke angenommen werden, aber nicht so aus dem Munde dessen, bei dem das Gegentheil der Fall sei. Dieser würde besser thun, zu schweigen. Denn sein Reden könne manche unangenehme Erörterungen hervorrufen. — Ferner ergriff Herr Rickert das Wort, um die von Herrn Rosalowski gegen die Stadtverordneten-Versammlung erhobene Anklage zu bekämpfen, was ihm in erfolgreicher Weise gelang. Nachdem Herr Schiffsbaumeister Devrient gesprochen, und sehr practische Vorschläge für die Thätigkeit der Wahlen gemacht, ergriff Herr Maurermeister Leupold das Wort. Es gehe, sagte er, in der Versammlung nicht ganz ordnungsmäßig zu. Schon die Wahl des Vorsitzenden sei ohne die nöthige Ordnung eines Geschäftsganges vor sich gegangen. Wäre dies nicht der Fall gewesen; so würde schon der Herr Bank-Director Schottler den ihm gebührenden Ordnungsruf erhalten haben. — Herr Dr. Liévin entgegnete, daß ihn der Modus der auf ihn gefallenen Wahl nichts angehe, daß er für denselben durchaus keine Verantwortlichkeit habe. Was den Ordnungsruf anbelange, so habe er nicht die geringste Veranlassung gehabt, ihn an Herrn Schottler ergehen zu lassen. Herr Gronau fühlte sich verpflichtet, zu erklären, daß die Vorbautenbesitzer nicht etwa mit der Absicht gekommen seien, um in der Versammlung für ihre specielle Angelegenheit zu agitiren. Einige in dieser Beziehung laut gewordene Behauptungen müsse er zurück weisen. Die Vorbautenbesitzer hätten, wie jeder andere verständige Bürger, den Wunsch, daß klar denkende, gerechtigkeitsliebende und practische Männer zu Stadt-Verordneten gewählt würden. Herr Moritz bewies im weitern Verlauf der Sitzung durch Zahlen, daß im Verhältniß der steigenden Zahl und der Bevölkerung unserer Stadt die Zahl ihrer Steuerzahler abgenommen, und empfahl die Berücksichtigung der dritten Abtheilung bei den bevorstehenden Neuwahlen von Stadtverordneten. — Schließlich entschied sich die Versammlung für den ersten Theil eines von Herrn Rickert gestellten Antrags, dahin lautend, daß jede Wähler-Abtheilung ihr eigenes Wahl-Comité bilden möge. — Der Character der Versammlung war von ihrem Anfang bis zum Schluß etwas stürmisch bewegt. Man sieht, es sind in unserem Communalleben sehr scharfe Gegensätze in Wirksamkeit getreten. Gerne hätten wir noch ein ausführlicheres Referat über die Versammlung geliefert, wenn es nur Zeit und Raum gestattet hätten, denn sie war in der That interessant und lehrreich.

†† Der heutige Geburtstag Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen wird in verschiedenen Kreisen unserer Stadt, namentlich im Casino und in der Loge, gefeiert. Das Rathhaus und andere öffentliche Gebäude haben einen Flaggenschmuck angelegt.

§§ Vor einigen Tagen sind zwei Lehrer der höheren Lehranstalten beim Betreten der Festungswerke von dem Militairposten angehalten und zur Hauptwache geführt.

§§ Der Stuhlmachermstr. Klippenburg, welcher wegen Vernichtung eines Wechsels eine mehrmonatliche Gefängnißstrafe verbüßen sollte, hat die Gnade des Königs nachgesucht und dadurch den Erlaß seiner Strafe bis auf 1 Monat erreicht. Auch sind ihm die bürgerlichen Ehrenrechte belassen.

[] Gestern Abend kurz nach 6 Uhr fand auf dem Grundstücke Kehrwiedergasse Nr. 4 ein unbedeutender Schornsteinbrand statt, der die Alarmirung der Feuerwehr veranlaßte.

†† Am vorigen Sonntag Mittags ist in unserer Umgegend der erste Schnee gefallen. Nachts vorher hatte es Eis gefroren.

†† Wie es heißt, soll durch ein Aktien-Unternehmen auf Neugarten noch ein großes Vergnügungslokal nebst gemauertem Circus und Turnhalle in's Leben gerufen werden.

§§ In dem Gasthause auf dem Holm hatten am Sonnabend 4 englische Matrosen wacker gezecht und schließlich statt zu bezahlen, mehrere Gegenstände aus dem Lokale entwendet. Ein daselbst anwesender dänischer Matrose hatte den Diebstahl bemerkt und machte dem Wirthe davon Mittheilung. Der Wirth verfolgte die Engländer und erhielt sein Eigenthum zurück; doch fuhr der Däne am schlechtesten dabei, denn die Engländer fielen über denselben her, schlugen ihn braun und blau und beraubten ihn eines rothwollenen Hemdes. Die Engländer haben sich also eines dreifachen Verbrechens schuldig gemacht: Diebstahl, Körperverletzung und Raub.

Rosenberg, 12. Oct. In Dakei bei Riesenburg ereignete sich ein Verbrechen, das leider nicht zu den unerhörten gerechnet werden kann. Eine Mutter wohnte mit ihrer erwachsenen Tochter zusammen, die sich einen Fehltritt hatte zu Schulden kommen lassen. Bei der Niederkunft war die Mutter nur allein zugegen und gleich nach der Geburt nahm sie das neugeborene Kind, hob eine Diele unter dem Bette auf, grub ein Loch in den Boden, und legte das Kind hinein, dasselbe schwach mit Erde bedeckend und die Diele darüberlegend. Nach etwa einer Viertelstunde wurde das Kind besichtigt. Es athmete noch. Nun grub die Unmenschliche mit Zustimmung der Wöchnerin ein tieferes Loch, legte das Kind hinein, bedeckte es mit Erde und stampfte diese fest. Eine Nachbarin hatte von dem Zustande des Mädchens Kenntniß gehabt. Als sie nun kurz darauf die Mutter nach dem Kinde fragte, und diese ganz in Abrede stellte, was jene bestimmt wußte, schöpfte sie Verdacht, zeigte den Fall der Ortsbehörde und dem Gerichte an, und so kam das Verbrechen ans Tageslicht. Bei ihrer Verhaftung gestanden Mutter und Tochter das Verbrechen ein.

Königsberg. Die durch die gegenwärtige Geldkalamität über die Grenzen des im Privatverkehr zulässigen Zinssatzes hinausgehobene Höhe des Diskontosatzes der bedeutendsten europäischen Bankinstitute hat in ihren unmittelbaren Folgen die Nichtkaufleute, also auch sämmtliche ländliche Grundbesitzer von jedem legalen Kredite ausgeschlossen, so lange der Zinsfuß am kaufmännischen Geldmarkte ein bedeutend höherer als der sonst gesetzliche erlaubte ist. Die Vorstände der beiden landwirthschaftlichen Centralstellen zu Königsberg und Gumbinnen haben in Anbetracht dessen, sich den von der hiesigen Kaufmannschaft entwickelten Motiven anschließend, Se. Excellenz den Herrn Oberpräsidenten Eichmann gebeten, des Schleunigsten die zeitweise Suspension der Beschränkung des vertragsmäßigen Zinsfußes auszuwirken. (Ostpr. Z.)

Provinzial-Landtag.

[Siebente Sitzung.]

Königsberg, 14. Oct. Zur Verbesserung der Lage der in der Provinz befindlichen blödsinnigen Kinder wurde eine Summe von 1200 Thlr. jährlich vom 1. October ab, aus dem Landtags-Dispositionsfonds dem Kuratorium der Rastenburger Idioten-Anstalt gegen die Verpflichtung überwiesen, daß dasselbe 12 ihm von der Landarmen-Commission überwiesene Freizöglinge übernehme. Se. Excellenz der Herr Ober-Präsident soll zugleich ersucht werden, die blödsinnigen Kinder in der Provinz, deren Zahl nach bisherigen Ermittelungen sich auf 224 beläuft, bei der bevorstehenden Volkszählung genauer ermitteln zu lassen und außerdem zu veranlassen, daß zum Besten der gedachten Anstalt in der ganzen Provinz jährlich eine Haus- und Kirchenkollecte abgehalten werde.

Aus dem Bericht der Provinzial-Chausseebau-Commission war zu entnehmen, daß der Bau von Kreischausseen in sehr erfreulichem Fortschreiten begriffen ist, die Regierungsbezirke Königsberg 72, Gumbinnen 13, Marienwerder 112 und Danzig 14 Meilen vollendet, während daneben in sehr vielen Kreisen solche Projekte noch in Ausführung oder Vorbereitung begriffen sind. Die hiedurch herbeigeführten vermehrten Ansprüche der Kreise haben die Prämienfonds fast aller Regierungsbezirke bereits dergestalt erschöpft, daß sogar liquide Forderungen nicht mehr sogleich befriedigt werden konnten. Die unerwartet erfolgte, durch obige Verhältnisse bedingte Zurückweisung einer Vorschußforderung hat den Kreis Gumbinnen veranlaßt, eine Beschwerde beim Landtage einzureichen, welcher sich, namentlich den Kreisen Insterburg, Ragnit, Oletzko und Stallupönen gegenüber, die erhebliche Vorschüsse auf angemeldete aber noch nicht vorschriftsmäßig liquidirte Prämien, erhalten hatten, benachtheiligt glaubt. Der Landtag konnte bei genauer Prüfung aller einzelnen Beschwerdepunkte das Verfahren der Chaussee-Bau-Commission nicht mißbilligen, wenn sie, so lange Fonds vorräthig gewesen, bei Prüfung der Erfordernisse für liquide Prämienforderungen nicht zu

peinlich gewesen, und selbst durch Vorschußzahlungen, den Zweck möglichst rasch und viel Chausseen zu bauen gefördert habe, und beschloß nur als Norm für die Zukunft festzustellen, daß nunmehr die Allerhöchste Bestätigung den abzufassenden Kreistagsbeschlüssen ein unerläßliches Kriterium für die Liquidate der Prämienforderungen bilden müsse, womit zugleich die ganze Beschwerde für erledigt erachtet wurde.

Außerdem wurde beschlossen, die Allerhöchste Genehmigung nachzusuchen, die fünfzehnjährige Erhebungsperiode einer einmonatlichen Einkommen- und Klassensteuer zur Bildung Provinzial-Chaussee-Prämienfonds, für den Regierungsbezirk Danzig um 6, und für den Regierungsbezirk Gumbinnen um 10 Jahre zu verlängern; da andernfalls ihre Fonds den Ansprüchen der mit Chausseebaugeldern noch auftretenden Kreisen nicht genügen würden.

Die hierauf zur Berathung gekommenen Petitionen werden nach den Ausschuß-Anträgen zur Berücksichtigung nicht geeignet befunden.

Dagegen wurden auf das Gesuch des Professors Dr. Rosenkranz 500 Thlr. aus dem Provinzial-Landtags-Dispositionsfonds zur Deckung der Restkosten für das Kant-Denkmal bewilligt und eine Petition wegen Ermäßigung des Eisenbahntarifs der Ostbahn aus Anlaß der diesjährigen Missernte der Kartoffeln im Gumbinner und theilweise im Königsberger Regierungs-Bezirk zur Befürwortung bei dem Königl. Ministerio für Handel, Gewerbe 2c. für geeignet erachtet.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung am 17. October.

Präsident: Herr Kreisgerichts-Director Rhenius aus Carthaus; Staatsanwalt: Herr von Wolff; Vertheidiger: Herr Justiz-Rath Besthorn und Herr Rechtsanwalt Lindner. — Auf der Anklagebank:

I. Fall. a) Der Dienstknecht Bendig aus Groß-Zünder, wegen vorsätzlicher Brandstiftung und einfachen Diebstahls;

b) der Dienstknecht Gehrmann aus Gr.-Zünder, wegen vorsätzlicher Brandstiftung.

Am 1. März v. J. (es war ein Sonntag) gerieth die Scheune des Herrn Hofbesitzers Krüger zu Groß-Zünder in Brand. Das Feuer theilte sich dem Stalle desselben mit und erfaßte auch die Scheunen und Ställe anderer Hofbesitzer. Der Schaden, welcher durch das Feuer entstand, betrug über 27,000 Thlr. Der Verdacht der Brandstiftung fiel auf den Knecht Bendig, welcher früher bei Herrn Krüger gedient hatte, und nach einem andern Orte verzogen war. Er war nämlich am Sonntag, den 1. März, nach Gr.-Zünder gekommen und gegen Abend in der Nähe des Krüger'schen Hofes gesehen worden. Dies suchte er zu bestreiten, wodurch der Verdacht gegen ihn stieg. Nachdem er verhaftet und die Voruntersuchung gegen ihn eingeleitet worden war, gestand er ein, das Verbrechen mit dem Dienstknecht Gehrmann gemeinschaftlich begangen zu haben. Mit diesem sei er, wie er erzählte, einige Wochen vor dem Brande in Käsemark zusammen getroffen, und habe ihm erzählt, daß er von Rache gegen Krüger erfüllt sei, weil ihn dieser, während er bei ihm gedient, öfter geprügelt habe; er habe deßhalb die Absicht, ihm die Scheune anzustecken. Gehrmann habe entgegnet, auch er sei von Rache gegen Krüger erfüllt, weil derselbe, als sein Herr, ihn gleichfalls öfter geprügelt habe; es würde ihm Vergnügen machen, die Rachethat mit ausführen zu helfen. So sei denn die Verabredung getroffen worden, daß er, Bendig, eines Sonntags nach Groß-Zünder kommen würde, um mit Gehrmann die That zu vollbringen. Am Sonntag, dem 1. März, hatten sie sich nun auch in Groß-Zünder zusammen gefunden und als es dunkel geworden, sich an die Scheune des Herrn Krüger begeben. Hier habe er, Bendig, eine Cigarre geraucht, Gehrmann habe einige Schwefelhölzer aus der Tasche genommen, sie an der brennenden Cigarre angezündet und dieselben durch ein Astloch in die Scheune geworfen, wo sie brennend auf Stroh gefallen. — Nach diesem Geständniß wurde denn auch Gehrmann verhaftet, legte ein Geständniß ab und erzählte den Hergang des Verbrechens ebenso wie Bendig. Kurze Zeit darauf wurde ihm sein Geständniß jedoch wieder leid, und er widerrief es. — Nachdem er hierauf im Laufe der Voruntersuchung zu der Einsicht gekommen, daß ihm sein Läugnen nichts helfen würde, erklärte er, mit seinem ersten Geständniß die Wahrheit besagt zu haben. — So sollten die beiden Brandstifter am letzten Tage der Schwurgerichtsperiode des vergangenen Sommers im Schwurgerichtssaale ihr Urtheil empfangen. In Folge des von ihnen abgelegten Geständnisses waren keine Zeugen vorgeladen worden, so daß also Aussicht vorhanden war, ohne die Mitwirkung der Geschwornen gegen sie verhandeln zu können. Nun aber geschah es (auf welche Weise wissen wir nicht), daß sie, ehe sie in den Gerichtssaal traten, Gelegenheit fanden, mit einander zu sprechen. So beredeten sie sich, wieder das Verbrechen zu läugnen und sich für unschuldig zu erklären, was sie denn auch thaten. Die Verhandlung gegen sie mußte deßhalb behufs der Vorladung von Zeugen bis zu der gegenwärtigen Schwurgerichtsperiode vertagt werden. Gestern befanden sie sich nun wieder auf der Anklagebank. Bendig hatte sich besonnen und kehrte zu seinem frühern Geständniß zurück, so daß gegen ihn ohne die Mitwirkung der Geschworenen verhandelt werden konnte. Gehrmann blieb jedoch beim Läugnen. Die Zeugenvernehmung in Verbindung mit den Bezüchtigungen des Mitangeklagten ließ aber über seine Schuld keinen Zweifel bestehen. Das Verdict der Herren Geschworenen lautete auf „Schuldig". Der hohe Gerichtshof verurtheilte jeden der Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren.

Thorn. Von dem hiesigen Schwurgericht wurde der Mühlenbesitzer Springer aus Brozie im Kreise Strasburg zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt, weil er die neuerbaute Mühle eines Concurrenten in Brand gesteckt hatte.

Vermischtes.

. Am 22. September wurde in Breslau ein Mädchen von etwa 20 Jahren mit dem Bedeuten, daß es an Kohlendampf fast erstickt sei, in's Allerheiligenhospital in die medicinische Klinik gebracht. Nachdem es nach mehreren Stunden unter Anwendung der verschiedensten sonst bewährten Mittel nicht gelungen war, die Kranke zum Bewußtsein zu bringen, und dieselbe sich dem Tode offenbar mehr und mehr näherte, unternahm Dr. Sommerbrodt mit Hilfe des Dr. Schiffer — zum letzten Mittel greifend — eine Operation, welche bisher in Breslau, wie die „Breslauer Ztg." bemerkt, noch nie ausgeführt worden ist. Er bewog eine gesunde, kräftige Wärterin, sich einen Aderlaß gefallen zu lassen. Das auf diese Weise gewonnene, in erwärmten Gefäßen aufgefangene Blut wurde durch Quirlen von seinem Faserstoff befreit und durchgeseiht. Der Patientin wurde nun in ein am Arm freigelegtes Blutgefäß das gesunde Blut an Stelle einer abgelassenen Menge des kranken, durch Kohlenoxydgas vergifteten, eingespritzt. Der Erfolg war ein fast augenblicklicher und überraschender, und wenn auch noch manche ungünstige Eventualitäten eintreten können, so ist doch bis jetzt der Zustand der Patientin ein überaus günstiger und Aussicht auf Herstellung vorhanden.

Kirchliche Nachrichten vom 10. bis 17. October.

St. Marien. Getauft: Malermstr. Güttner jr. Sohn Carl Hermann Waldemar. Kastellan Schiller Sohn Rudolph Adolph. Conditor Köttlitz Sohn Paul Hermann Martin. Diener Kling Tochter Auguste Louise.

Aufgeboten: Chirurg. Instrumentenmacher Ernst Lehmann mit Jgfr. Auguste Schirmer. Klempnermstr. Eduard Alb. Aug. Baumgart mit Jgfr. Hulda Susanna Sorg. Schmiedeges. Eduard Carl Wiedöff mit Ottilie Richter.

Gestorben: Julianna Wilhelmine Schröder geb. Borrmann, 54 J. 8 M. 12 T., Gehirnschlagfluß. Schuhmachermstr. Schablowski Sohn Johannes, 1 M. 17 T., Krämpfe. Geschäfts-Agenten Gatz Tochter Metha Johanna, 1 J. 7 M. 13 T., Eklampsie. Tischlerges. Schadowski Sohn Emil Theodor, 12 T., Krämpfe.

St. Johann. Getauft: Tischlermstr. Schulz Sohn Eduard Heinrich. Ober-Telegraphist Schmidt Sohn Emil Arthur. Schuhmacherges. Rieß Tochter Martha Helene. Tischlerges. Löhr Sohn Eugen Michael

Aufgeboten: Trödler u. Wwr. Carl Aug. Eichert mit Jgfr. Pauline Ida Möws. Schlosserges. August Wilh. Glüse mit Jgfr. Marie Amalie Ludowike Vanselow.

Gestorben: Pens. Polizei-Sergeanten-Frau Christiane Rathke geb. Gende, 73 J., Wassersucht. Hr. Joh. Gottl. Schaske, 52 J. 9 M., Lungenschwindsucht. Hrn. Henning Sohn Joh. Friedrich, 8 J., häutige Bräune.

St. Petri u. Pauli. Getauft: Schuhmachermstr. Wolff Tochter Olga Margaretha.

Aufgeboten: Böttchermstr. Carl Andreas Jänicke mit Jgfr. Alwine Rosalie Spreu. Tischler Jul. Gustav Zehle mit Jgfr. Wilhelm. Henriette Krüger.

[Eingesandt.]

(Für Alles, was unter der Rubrik „Eingesandt" abgedruckt wird, übernimmt die Redaction weder in Betreff des Inhalts, noch der Form die Verantwortlichkeit.)

Das Resultat der gestern im Schützenhause abgehaltenen Versammlung, die Stadtverordneten-Wahlen betreffend, wird jedem wahrhaft freien Bürger willkommen sein. Der Kernpunkt der Frage, um die es sich handelte, war folgender: Sollen von einem Central-Comité (welches wie üblich aus denjenigen Fortschrittsleuten, die in Danzig seit ein Paar Jahren die öffentliche Meinung machen, bestehen würde) die zum Stadtverordneten sich qualificirenden Persönlichkeiten vorgeschlagen werden, oder geziemt es der gesammten Bürgerschaft diese Sache selbstständig in die Hand zu nehmen und unbekümmert um die hier dominirende Clique Männer ihres Vertrauens als Kandidaten aufzustellen? Sollen sich die jetzigen Stadtverordneten kooptiren, d. h. sollen nur solche neuen Vertreter der Stadt gewählt werden, die der augenblicklich in der Stadtverordneten-Versammlung herrschenden Majorität unbedingt zustimmen, oder darf der Bürger wieder einmal das ihm gesetzlich zustehende freie Wahlrecht wirklich ausüben?

Mit richtigem Takte entschied sich die Versammlung in großer Majorität für Letzteres, indem sie beschloß daß jede Abtheilung ihr eigenes Comité haben sollte, welches auch separat Kandidaten aufstellen wird.

Wir betrachten das Ergebniß der gestrigen Versammlung als den Anfang einer bessern Zeit. Die wahre Freiheit besteht nicht darin, daß der Bürger das thut, was ihm von Leuten, die für frei gelten, diktirt wird, sondern darin, daß er so handelt, wie er selbst nach reiflicher Ueberlegung für richtig befindet.

Die dritte Abtheilung, welche zehn neue Stadt-Verordnete zu wählen hat, wird nun darauf zu achten haben, daß die Vorschläge aus ihrem eigensten Schooße hervorgehen, daß ihr aber nicht Kandidaten von derjenigen Seite aufgedrängt werden, die bis jetzt so gütig gewesen ist, allein für das Wohl der Stadt zu sorgen, indem sie sowohl in politischer wie kommunaler Beziehung sich als Obervormundschafts-Behörde der Bürger oktroyirte.

Ein Wähler der dritten Abtheilung.

Meteorologische Beobachtungen.

17	4	332,35	+ 5,3	SW. flau, bezogen.
18	8	332,39	7,0	do. frisch, do.
	12	332,27	9,3	do. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 17. October:
16 Schiffe m. Holz, 9 Schiffe m. Getreide u. 2 Schiffe m. Saat.

Angekommen am 17. October:
Johnsen, Industrie, v. Stavanger, m. Heeringen. Streck, Dampfs. Colberg, v. Stettin, m. Gütern.

Angekommen am 18. October:
Takes, Medea, v. Swinemünde, m. Stückgütern. Smith, Vine, v. Newcastle, m. Kohlen. — Ferner 2 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt: 6 Schiffe m. Holz, 5 Schiffe m. Getreide und 1 Schiff m. Spiritus.

Ankommend: 8 Schiffe. Wind: SW.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 18. October.

Weizen, 230 Last, 130pfd. fl. 385, 387½, 400; 133pfd. roth fl. 390; 130.31pfd. fl. 375; 128pfd. fl. 380, 383; 127.28pfd. fl. 370; 126pfd. fl. 350, 360, 365, Alles pr. 85pfd.
Roggen, 116, 118pfd. fl. 218; 121pfd. fl. 222; 123.24pfd. fl. 230; 124.25pfd. fl. 232; 128pfd. fl. 240 pr. 81⅝pfd.
Kleine Gerste, 107pfd. fl. 195.
Weiße Erbsen, fl. 255, 276, 285 pr. 90pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 18. October.

Weizen 120—130pfd. bunt 48/50—63 Sgr.
120—133pfd. hellb. 52—70 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 116—128pfd. 35/36—40/41 Sgr. pr. 81⅝pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 47—50 Sgr.
do. Futter- 40—45 Sgr.
Gerste kleine 106—112pfd. 32/34—35 Sgr.
große 110—118pfd. 34/35—38 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 22—25/26 Sgr.
Spiritus 14 Thlr. pr. 8000.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Rittergutsbes. Albrecht n. Gattin a. Sussemin. Rentier Hollmann a. Berlin. Die Kaufl. Leszczynski a. Wloclawa, Stadelbauer a. Leipzig, Selten a. Berlin u. Steinfeld a. Frankfurt a. O.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Fielitz, Lindner u. Kornfeld a. Berlin, Stämmler a. Stettin und Hauf a. Frankfurt a. M. Bahnhofs-Restaurateur Höpfner a. Czerwinsk.

Walter's Hotel:

Rittergutsb. Frhr. v. Canstein n. Gattin a. Ob.-Mahlkau. Kgl. Bau-Inspector Rupprecht a. Lübben in Schlesien. Domainenpächter Foß a. Küßfeld. Die Kaufl. Michaelsohn a. Berlin, Willm a. Graudenz, Lilienthal aus Königsberg, Müller a. Hamburg u. Knid a. Gummersbach. Frau Rittergutsbes. v. Dewitz-Krebs n. Frl. Tochter a. Weitenhagen.

Hotel drei Mohren:

General-Landschaftsrath v. Weickhmann a. Kokoschken. Dekonom Humberdroz a. Domaine Powunden. Kaufl. Soldin a. Berlin u. J. Rabe a. Hamburg.

Hotel de Thorn:

Hauptmann a. D. u. Rittergutsbesitzer Hewelke n. Gattin a. Varzenko. Rechtsanwalt Fremer a. Berlin. Rittergutsbesitzer v. Schiakowski nebst Fam. a. Posen. Dr. med. Krause a. Schwedt a. O. Die Kaufl. Keimer u. Kasamiv a. Berlin, Säuberlich a. Bonn, Zeis aus Dessau, Schmidt a. Elberfeld u. Freimuth a. Mainz.

Deutsches Haus:

Gutsbesitzer Thymian a. Czeczenie. Frau Hauptmann Hannemann a. Putzig. Kaufm. Hochschulz a. Neustadt.

Stadt-Theater zu Danzig.

Mittwoch, den 19. Octbr. (2. Abonnement No. 2.) **Don Juan.** Große Oper in 3 Akten v. Mozart.

Donnerstag, den 20. Octbr. (2. Abonnement No. 3.) **Graf Essex.** Historisches Schauspiel in 5 Akten von H. Laube.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.